

Ländliche Entwicklung als Schlüssel im Kampf gegen Hunger und extreme Armut

Das Recht auf Nahrung ist wohl das am häufigsten verletzte Menschenrecht. Weltweit hungern rund 870 Millionen Menschen, sterben täglich 20.000 Kinder unter fünf Jahren an den Folgen von Mangelernährung und Armut. Dabei sind Hunger und extreme Armut vermeidbar. Unser Ziel muss es sein, beides bis zum Jahr 2030 endgültig zu überwinden. Eine Schlüsselrolle wird dabei die Entwicklung des ländlichen Raums in den Entwicklungsländern spielen, denn drei Viertel der armen und hungernden Menschen leben auf dem Lande.

9 Milliarden Menschen wollen essen

Wenn im Jahr 2050 der neunmilliardste Mensch geboren wird und sich insbesondere in den aufstrebenden Schwellenländern das Konsumverhalten der Verbraucher weiter hin zu mehr tierischen Produkten wandelt, wird sich der weltweite Verteilungskampf um Nahrungsmittel noch zuspitzen. Gelingt es nicht, auch den Ärmsten den gerechten Zugang zu knappen Ressourcen wie Boden und Wasser zu ermöglichen, wird die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Satten und Hungernden immer weiter auseinanderklaffen. Die Folge wären gewaltsame Konflikte und der weitere Zerfall ganzer Staaten.



Neben dem insgesamt steigenden Bedarf an Lebens- und Futtermitteln verschärfen weitere Faktoren die Lage. Da sind zum einen die Spekulationen mit Agrarrohstoffen, die zu teils explodierenden Preisen und extremen Preisschwankungen bei Lebensmitteln führen. In einigen Entwicklungsländern müssen Familien bereits bis zu 80 Prozent des Einkommens für Lebensmittel aufwenden. Zum anderen führen großflächige Landnahmen von privaten oder staatlichen Investoren, das sogenannte land grabbing, dazu, dass Kleinbauern die Existenzgrundlage entzogen wird. Diese Landnahmen wie auch unfaire Welthandelsbedingungen tragen dazu bei, heimische Märkte in Entwicklungsländern zu zerstören. Hinzu kommt, dass die Produktion von Lebensmitteln zunehmend in Konkurrenz zum Anbau von Pflanzen zur Agrokraftstoffherstellung gerät. Der weltweite Energiehunger wird damit ebenso zu einem Problem bei der Bekämpfung des realen Hungers wie der globale Klimawandel, der zu Wetterextremen wie Dürren und Flutkatastrophen und zu fortschreitender Bodenendegradation führt und die ärmsten Länder am stärksten trifft.

Ländlichen Raum stärken

Die Gründe für die Entstehung von Hunger sind vielschichtig, die Anforderungen, die an einen modernen Begriff von ländlicher Entwicklung heute gestellt werden, umfassend. Ländliche Entwicklung soll Ernährung sichern, Einkommen schaffen und Ressourcen schützen. Sie kann sich nicht auf die reine technische Unterstützung und die Förderung kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft beschränken, sondern muss darüber hinaus wirtschafts- und sozialpolitisch, umwelt- und klimapolitisch denken. Ländliche Entwicklung muss die Lebensbedingungen der Menschen strukturell verbessern, also gute, anständig bezahlte Jobs sowohl im Agrarsektor als auch in anderen Produktions- und Dienstleistungsbereichen schaffen, den Aufbau von Gesundheits- und sozialen Sicherungssystemen unterstützen und Bildung fördern. Nachhaltige ländliche Entwicklung muss die Folgen eines ungezügelter Wachstums deutlich machen und dessen Grenzen aufzeigen. Nur ein solch umfassender Ansatz kann erfolgreich sein, soll der ländliche Raum in den Entwicklungsländern zum Wohle der dort lebenden Menschen dauerhaft gestärkt werden.

Was wir wollen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss sich stärker als bisher für die Förderung der ländlichen Entwicklung in unseren Partnerländern einsetzen. Dafür ist nicht zuletzt eine finanzielle Aufstockung des Förderschwerpunkts genauso erforderlich, wie eine enge strategische Abstimmung mit den multilateralen, internationalen und europäischen Partnern. Die Klammer, die alle Maßnahmen verbindet, ist die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung. Um den ländlichen Raum in Entwicklungsländern strukturell zu stärken und so Hunger und extreme Armut zu bekämpfen wollen wir:

- uns für einen gerechteren Welthandel einsetzen, d.h. alle EU-Agrarexportsubventionen und handelsverzerrenden internen Stützungen konsequent abschaffen, auf einen entwicklungsorientierten Abschluss der WTO-Welthandelsrunde drängen und EU-Freihandels- und Partnerschaftsabkommen nur dann zustimmen, wenn sie die



Einhaltung menschenrechtlicher, ökologischer und sozialer Mindeststandards wie der ILO-Kernarbeitsnormen verbindlich festschreiben,

- die Wertschöpfung vor Ort fördern und uns für weltweit gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne einsetzen,
- konsequent gegen Nahrungsmittelspekulationen vorgehen,
- in den Partnerländern die soziale Infrastruktur im ländlichen Raum verbessern, d.h. den Ausbau von Gesundheits- und Bildungssystemen unterstützen und den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen fördern, die auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind und spezifische Risiken wie etwa Ernteausfälle absichern,
- die technische Infrastruktur verbessern, d.h. neben dem Ausbau von Handelswegen auch den Ausbau von Mobilfunknetzen und Internet,
- von den Regierungen unserer Partnerländer gerechte Landreformen einfordern, die den Zugang zu Land und Wasser für alle sichern und durch die verbindliche Umsetzung der FAO-Leitlinien zur „Verantwortungsvollen Regelung des Besitzes von Land, Fischgründen und Wasser“ und mehr Transparenz bei Landkauf und –pacht land grabbing verhindern,



- Partnerländer beim nachhaltigen Wassermanagement und dem Aufbau effizienter Bewässerungssysteme unterstützen,
- Umwelt- und Klimafragen stärker als bisher mit der ländlichen Entwicklung verknüpfen, d.h. den Ausbau erneuerbarer Energien fördern, den Anteil der Landwirtschaft an den weltweiten Treibhausgasemissionen reduzieren und in Entwicklungsländern Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel unterstützen,
- durch strenge Zertifizierungsaufgaben verhindern, dass der Anbau von Pflanzen zur Agrokraftstoffproduktion zu Lasten der Ernährungssicherung geht und sich die Konkurrenz von „Tank und Teller“ weiter zuspitzt,
- Frauen und Mädchen in ländlichen Räumen besonders fördern, denn sie stellen die Mehrheit der in der Landwirtschaft und Weiterverarbeitung tätigen Arbeitskräfte,
- flexible (Mikro-)Finanzprodukte entwickeln, die Bauern unter Berücksichtigung von Erntezyklen und Kostenschwankungen den Zugang zu benötigtem Kapital erleichtern und den Aufbau von Genossenschaftsbanken unterstützen,
- den freien Zugang zu Saatgut zu fairen Preisen sicherstellen und auch künftig eine große Sortenvielfalt garantieren,

- nachhaltige Bewirtschaftungsformen unterstützen, die ohne übermäßigen Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden auskommen und lokale Anbaupraktiken berücksichtigen,
- die internationalen Frühwarnsysteme zur Erkennung von Hungerkrisen verbessern,
- im Sinne der Ernährungssicherung durch bestandssichernde Maßnahmen und hinreichende Schutzzonen für die lokale Küstenfischerei den Fischereisektor in den Entwicklungsländern stärken,
- den Nachernteschutz verbessern, um Ernteverluste durch unsachgemäße Lagerung, Schädlingsbefall oder sonstige Umwelteinflüsse einzudämmen,
- in Deutschland Formen des fairen Handels ausbauen und Verbraucher über die Herkunft und Produktionsbedingungen von Lebensmitteln besser informieren.

Das Recht auf Nahrung gilt für jeden Menschen. Wir wollen, dass jeder Mensch dieses Recht in Anspruch nehmen kann.

Weitere Informationen:

- Eine Welt, Eine Zukunft – Für eine nachhaltige und fortschrittliche sozialdemokratische Entwicklungspolitik (dokumente 2/13)
www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen
- Unsere aktuellen Anträge im Bundestag können Sie unter www.spdfraktion.de herunterladen.
- 17/12379 Ernährung sichern, (Über-)Lebensbedingungen in Entwicklungsländern strukturell verbessern – Ländliche Entwicklung als Schlüssel zur Bekämpfung von Hunger und Armut
- 17/4533 Hunger bekämpfen - Spekulation mit Nahrungsmitteln beenden

Anprechpartner



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 / 227 73334
Telefax 030 / 227 76376
E-Mail: sascha.raabe@bundestag.de

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
TEXT | REDAKTION: TAMMO STRÜMLER | **STAND:** MAI 2013
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTOS ©: KLAUS VYHNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM (S. 2, 4, 5), FOTO DI MATTI (S. 7)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Hunger und Armut bekämpfen

Ländliche Entwicklung fördern

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

